

Werte und die Kraft der Gemeinschaft

*Vortrag des britischen Premierministers Tony Blair
am 30. Juni 2000 an der Universität Tübingen*

Es ist eine Ehre, an der Universität Tübingen zu sprechen, einer der ältesten und einflussreichsten Stätten des Lernens in Deutschland, einem berühmten Ort der Lehre und Forschung, seit langer Zeit und immer noch ein Zentrum der geistigen Entwicklung in Europa. Tübingen ist auch die Partnerstadt von Sedgefield, meinem Wahlkreis in der Grafschaft Durham, den ich seit über 17 Jahren im britischen Parlament vertrete.

Tübingen stand im Herzen der Reformation, und das hat auch etwas mit dem Thema zu tun, über das ich heute sprechen möchte. 1534 brachte Herzog Ulrich die Reformation nach Tübingen, und 1536 gründete er das Evangelische Stift, das eine so herausragende Rolle bei der Verbreitung der lutherischen Lehren in Deutschland spielte. 1817 wurde jedoch die katholisch-theologische Fakultät wieder eingerichtet. Seither bestehen sie nebeneinander in einem Klima des gegenseitigen Verständnisses und des kreativen Dialogs. Dies ist ein schöner Gedanke für den Anfang.

Ich möchte Ihnen heute meine Gedanken über die ethischen Werte vortragen, die uns in der Ära der Globalisierung leiten sollten. Ich werde die These aufstellen, dass uns in einer Welt des Wandels nur der Glaube an die Gemeinschaft und an die Gleichwertigkeit aller Menschen Hoffnung auf eine friedliche und gedeihliche Zukunft gibt, und dass eine auf reinem Eigeninteresse beruhende materialistische Philosophie in den Ruin führt. Ich werde die Rede in vier Teile gliedern:

- 1) Das Wesen des globalen Wandels
- 2) Eine Gemeinschaft innerhalb der Nation
- 3) Die Doktrin der Völkergemeinschaft
- 4) Die Rolle des Glaubens und der Verständigung

Nordirland

Zunächst jedoch möchte ich, da ich weiß, dass die Entwicklungen in Nordirland ein Grund für die Einladung hierher sind, ein paar Worte hierzu sagen. Die Geschichte Nordirlands lehrt uns Vieles. Aber vor allen Dingen lehrt sie uns den Wert einer bürgerlichen Gesellschaft, in der es möglich ist, uralte Zwistigkeiten zu heilen. Heute bringen Engagement und Dialog den früheren deprimierenden Status quo ins Wanken. "Zu-

sammenarbeit", das Unwort von damals, bildet jetzt die Grundlage für eine neue Zukunft, die Hoffnung statt Krieg verheißt. Natürlich gibt es immer noch Gegner dieser Veränderung. Die glauben, dass wer sich nicht in ihr Weltbild einfügt, nicht dazugehört. Aber sie sind in der Minderheit. Die Mehrheit hat die alten Weisen abgelehnt. Sie hat für den Wandel gestimmt. Zum allerersten Mal hat Nordirland eine von den Bürgern Nordirlands gewählte Regierung, die alle einbezieht.

Ich bin stolz auf das, was in Nordirland erreicht wurde. Es ehrt mich, dass sich die ganze Welt dafür interessiert. Dank der Unterstützung und der Gebete von Millionen Menschen außerhalb Nordirlands weiß ich, dass wir in Nordirland eine Zukunft in Frieden und Harmonie aufbauen können. Aber welches ist nun die zentrale Lehre, die wir alle aus Nordirland ziehen können? Ich denke, folgende: dass es im 21. Jahrhundert keinen Platz für engstirnige und exklusive Traditionen gibt; dass es in der modernen Welt überaus wichtig ist, unsere Abhängigkeit voneinander zu begreifen, damit wir in Zukunft weiterkommen können.

Die Herausforderung des Wandels

Wir leben in einem Zeitalter des globalen Wandels, einem der dramatischsten und unvorhersehbarsten in der Geschichte der Welt. Es vergeht kaum ein Monat ohne irgendeine atemberaubende Entwicklung in der Forschung oder Technik. 1990 veröffentlichten zwei amerikanische Futurologen ein Buch mit dem Titel "Megatrends 2000". Sie brauchten gar nicht weit in die Zukunft zu schauen – gerade einmal 10 Jahre. Ein Wort taucht jedoch in dem ganzen Buch nicht auf – das Wort "Internet", das Phänomen, das unser Leben heute total verändert. Unsere Welt bewegt sich in halsbrecherischer Geschwindigkeit, und ständiger Wechsel gehört zu den Dingen, mit denen der Mensch am schlechtesten zurechtkommt. So verwundert es kaum, dass das unsrige auch das "Zeitalter der Angst" oder, wie im Titel des neuesten Buchs von Francis Fukuyama "The Great Disruption" genannt wurde. Ich glaube, es ist nicht übertrieben zu sagen, dass wir uns mitten im größten wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Umbruch befinden, den die Welt seit dem Beginn der industriellen Revolution vor über zwei Jahrhunderten gesehen hat.

Die Globalisierung ist nicht nur ein wirtschaftliches Phänomen, und deshalb kann auch unsere Antwort nicht nur eine wirtschaftliche sein. Während des größten Teils des 20. Jahrhunderts, das ja die Narben des ideologischen Konflikts und der Teilung trug, wäre die Idee Globalisierung undenkbar gewesen. In diesem Sinne könnte man sagen, dass die Globalisierung hier in Deutschland angefangen hat, mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges. Gestern Abend schlenderte ich mit Bundeskanzler Schröder über die Glienicker Brücke, auf der einst Spione zwischen dem Osten und dem Westen ausgetauscht wurden. Das geschah noch bis vor etwas über einem Jahrzehnt; die Berliner Mauer ist erst vor 11 Jahren gefallen. Erst als die ideologischen Barrikaden auf der ganzen Welt fielen, lautete die Frage nicht mehr, ob Staat oder Markt, sondern wie wir einen dynamischen Markt, einen intelligenten Staat und eine

aktive bürgerliche Gesellschaft entwickeln können.

Anfang dieser Woche nahm ich an einer Veranstaltung teil, mit der der erste Entwurf des Buchs des Lebens vorgestellt wurde: das Humangenom-Projekt. Welche Macht uns dieses Wissen in die Hand gibt, geht fast über unser Vorstellungsvermögen. Erst die künftigen Generationen werden seine wirkliche Bedeutung gänzlich begreifen können. Viele von uns reagierten mit einer Mischung aus Staunen und ungutem Gefühl. Staunen über die neuen Gefilde, die uns die Forschung hiermit öffnet. Ein ungutes Gefühl angesichts dessen, was jenseits davon liegt; was dies für unser Ich-Gefühl, unser Schicksal, unsere Vorstellungen von der natürlichen Ordnung der Dinge bedeutet.

Die Globalisierung hat uns wirtschaftlichen Fortschritt und materiellen Wohlstand gebracht. Aber sie schürt auch Ängste. Kinder, denen auf dem Schulhof Drogen angeboten werden, die in einem Tempo sexuell erwachsen werden, das ich persönlich beängstigend finde; Eltern, die zerrieben werden im tagtäglichen Kampf, ihr Brot zu verdienen, die Kinder aufzuziehen – häufig sind ja beide Elternteile berufstätig –, sich um ältere Verwandte zu kümmern; eine Welt, in der jede dritte Ehe geschieden wird; in der Arbeitsplätze beseitigt oder geschaffen werden, weil es in einem Vorstandszimmer tausend Meilen entfernt so beschlossen wurde; in der die Bande der Familie, des Ortes und des Landes ständig bedroht zu sein scheinen. Dennoch ist es eine Welt, in der unser Lebensstandard steigt, in der wir reisen und miteinander kommunizieren können, wie es unsere Großeltern nicht zu träumen gewagt hätten.

Es ist eine Welt, die von einem Paradoxon gekennzeichnet ist: einer größeren Freiheit des Einzelnen – aber auch einer größeren Abhängigkeit voneinander. Wir können mehr tun, aber es ist eine Eigenheit dieser Globalisierung, dass unser Tun die Anderen stärker betrifft. Wir entscheiden viel individueller, was wir kaufen oder konsumieren, aber unsere Möglichkeiten und unsere Lebensqualität hängen immer mehr von Entscheidungen ab, die wir gemeinsam treffen: gute Schulen, Umweltschutz, Sicherheit auf der Straße, oder, auf internationaler Ebene, Welthandelsabkommen oder Atomwaffenkontrolle.

Der Wandel ist also rasant und unerbittlich, reich an Chancen und Gefahren. Die Frage lautet: gestalten wir ihn oder er uns? Beherrschen wir ihn, oder lassen wir uns von ihm beherrschen? Der Schlüssel zur Politik in der heutigen Welt liegt darin, was wir mit ihm tun. Sich im widersetzen? Aussichtslos. Ihn geschehen lassen? Gefährlich. Bleibt nur der dritte Weg: ihn organisieren. Aber er kann nicht organisiert werden, solange es keine Regeln dafür gibt, keine Werturteile darüber, wie und warum wir ihn auf bestimmte Weise organisieren. Genau hier müssen wir einen offenkundigen Konflikt zwischen Altem und Neuem, dem Modernisierer und dem Traditionalisten überwinden. Der Traditionalist beweint das Verschwinden der lieben Gewohnheiten, verweist auf die größere Stabilität des Familienlebens in der Vergangenheit, zeigt auf die Hässlichkeit und Unordnung eines großen Teils der neuen Welt. Der Modernisierer sieht die Chancen; verwirft die Vorurteile der Vergangenheit, die alten Hierarchien, greift begierig nach den materiellen Vorteilen der Modernität. Und in der Politik ist das Faszinierende, dass

es eine Linke und eine Rechte in beiden Lagern gibt. Eine traditionalistische Linke, die die globale Finanzwelt verabscheut; eine traditionelle Rechte, die Angst vor dem Einwanderer hat. Eine modernisierende Linke, die die Bedrohung des Familienlebens manchmal allzu rasch als unwichtig abtut; eine modernisierende Rechte, die an die Oberherrschaft der Marktkräfte glaubt.

Die Lösung dieses Konflikts liegt darin, dass wir die traditionellen Werte auf die moderne Welt anpassen; dass wir veraltete Vorstellungen über Bord werfen, aber den Kern der traditionellen Werte wiederentdecken und uns bei der Organisation des Wandels von ihnen leiten lassen. Die Theologen unter Ihnen werden sagen, das heißt, Glauben und Vernunft zu vereinbaren.

Welches sind die Werte? Für mich kommen sie am besten in einer modernen Vorstellung von Gemeinschaft zum Ausdruck. Im Mittelpunkt steht der Glaube an die Gleichwertigkeit aller Menschen – das ist die grundsätzliche Überzeugung, die meine Politik leitet – und an unsere gegenseitige Verantwortung bei der Gestaltung einer Gesellschaft, die diese Gleichwertigkeit fördert. Beachten Sie: die Rede ist vom gleichen Wert, nicht von gleichem Einkommen oder Ergebnissen oder lediglich von gleichen Chancen. Es geht vielmehr um ein gleiches Recht auf Würde, Freiheit, Nichtdiskriminierung und wirtschaftliche Chancen. Die Idee der Gemeinschaft löst das Paradoxon der modernen Welt: sie erkennt unsere gegenseitige Abhängigkeit an; und sie erkennt den Wert des Einzelnen an. Sie erlaubt uns, Altes und Neues zu verbinden. Der Traditionalist hat Recht, wenn er sich über den Zusammenbruch des Familienlebens Sorgen macht. Der Modernisierer hat Recht, wenn er fordert, dies dürfe uns nicht gegen Alleinerziehende einnehmen, die in der Mehrheit gar keine sein möchten. Der Modernisierer hat Recht, wenn er sagt, globale Märkte seien nichts Schlechtes, sondern etwas Gutes. Der Traditionalist hat Recht, wenn er sich Sorgen über die Ungleichheit macht, die daraus entstehen kann. Der Modernisierer braucht Werte. Der Traditionalist braucht eine moderne Realität. Auf diese Weise kann sich die Globalisierung des Geldes, Reisens, der Kommunikation, der Technologie auch auf eine globale Ethik erstrecken.

Eine Gemeinschaft innerhalb der Nation

Fangen wir nun also damit an, dieses Prinzip auf die moderne Regierung anzuwenden. Wir machen uns den Wandel zu Eigen. Das tun wir dadurch, dass wir eine Gemeinschaft aufbauen, in der alle Bürger gleich wertvoll sind. Chancen für alle – Verantwortung auf Seiten aller. Heutzutage ist ziemlich klar, was die Regierungen tun müssen, um Wohlstand zu fördern. Makroökonomische Politik ist nicht mehr links oder rechts. Sie ist richtig oder falsch. Tatsächlich mussten gerade die Mitte-Links-Regierungen häufig die von der Rechten ererbten Defizite wiedergutmachen. In Großbritannien fanden wir im Mai 97 eine staatliche Kreditaufnahme von £28Mrd. pro Jahr und eine verdoppelte Staatsverschuldung vor. In unserem ersten Jahr gaben wir für die Zinsen mehr aus als für das gesamte Schulsystem. Jetzt haben wir einen Überschuss, und das soll so bleiben, obwohl hierfür eine Reihe harter Entscheidungen getroffen werden mussten. Zum

ersten Mal in meinem Erwachsenenleben liegen Großbritanniens langfristige Zinssätze unter denen Deutschlands.

Aber das kann nur das Fundament sein. Auf ihr muss eine moderne Wirtschaft aufgebaut werden, deren Rohmaterial Wissen und Fertigkeiten, das Können und die Intelligenz von Menschen sind. Hier scheiden sich sicherlich die politischen Geister. Ich sehe die Herausforderung darin, die Kraft der Gemeinschaft zu nutzen, sich gemeinsam dafür engagieren, dass die Schranken abgebaut werden, die der Chancengleichheit im Wege stehen. Bildung – höchste Standards für alle und eine Kultur des Lernens, die sich auf das ganze Leben, nicht nur auf die Schule erstreckt – wird zur wirtschaftlichen wie auch sozialen Priorität einer modernen Nation im Zeitalter des Wissens. Als die Berliner Mauer noch stand, war es der Rüstungswettkampf, der die führenden Nationen der Welt beschäftigte. Heute ist es der Wettkampf des Wissens.

In Großbritannien ist heute eine Bildungsrevolution im Gange. Die Ausgaben für Bildung werden erhöht, und zwar drastisch. Alle vierjährigen Kinder können jetzt eine Vorschule besuchen; die Dreijährigen sind als nächste dran. In den Grundschulen wird jetzt Lesen, Schreiben und Rechnen wieder in den Mittelpunkt gestellt, dort müssen deutlich bessere Ergebnisse erzielt werden. Wir erweitern das Bildungsangebot für die 11-18-Jährigen; schaffen neue Fachschulen mit besonderen Schwerpunkten; bauen City Academies in unseren Vororten als Leistungsschulen in sozial benachteiligten Gebieten; führen neue vertragliche Regelungen für die leistungsbezogene Besoldung der Lehrer ein; schließen schwache Schulen; entlassen Schulleiter, die besonders geringe Leistungen erbringen, und belohnen andere, die besser sind; bauen den Universitäts- und Fachhochschulbereich massiv aus. Außerdem investieren wir gewaltig in die IT-Ausbildung nicht nur von Kindern, sondern auch von Erwachsenen. In Kürze eröffnen wir die so genannte "University for Industry", die qualifizierte, leicht zugängliche Kurse über das Internet anbietet. Wir tun viel – aber ich mache mir jeden Tag Sorgen, ob es nicht noch mehr sein sollte. Denn ich weiß, dass manche Kinder noch immer ohne die Hoffnung aufwachsen, etwas aus ihrem Leben machen zu können. Und es gibt buchstäblich noch Millionen von Erwachsenen, die nicht richtig lesen und schreiben können. So viel verschwendetes, von der Vergangenheit im Stich gelassenes Potenzial. Aber wir brauchen nicht nur Bildung. Wir brauchen Unternehmen, die Förderung kleiner Unternehmen, neue Strukturen für die Unternehmensbesteuerung, damit Wachstum gefördert wird und die Unternehmer belohnt werden.

Und dann gibt es noch einen neuen Begriff in der Politik moderner Regierungen: die "soziale Ausgrenzung". Wir können heute in Europa Vollbeschäftigung erreichen. Aber nicht durch eine nachfrageorientierte Politik allein. Wir brauchen besondere gezielte Maßnahmen für jenen harten Kern von Arbeitslosen, deren Problem nicht nur der Mangel an Arbeit ist, sondern die häufig in einer Kultur von Armut, Drogenmissbrauch, Perspektivenlosigkeit und familiärer Instabilität leben, ausgeschlossen von der breiten Gesellschaft. Unser New Deal in Großbritannien hat 250.000 von ihnen weg von der Sozialhilfe und hinein ins Arbeitsleben gebracht, und weiteren 200.000 zu einer Ausbildung verholfen. Wir werden demnächst bekannt geben, wie wir dieses Programm in der

nächsten Legislaturperiode weiterführen und unserem Ziel, der Vollbeschäftigung, näher kommen wollen.

All das verlangt von uns, dass wir als Gemeinschaft ein Verantwortungsgefühl entwickeln, anderen zu helfen, jedem Menschen eine Chance geben, sein Potenzial auszuschöpfen. Ohne die Werte Gemeinschaft und Solidarität gäbe es keinen Imperativ zum Handeln. Die Verbesserung des Bildungsniveaus ist gewiss eine ökonomische Forderung. Aber sie ist auch eine moralische Pflicht. Einem Kind die Chance auf Bildung nehmen, heißt, es nicht als gleichwertigen Menschen zu betrachten.

Dieser Teil des Programms – wenn auch vielleicht nicht die politischen Maßnahmen – wären jedem Angehörigen der linken Mitte vertraut, dem Modernisierer ebenso wie dem Traditionalisten. Aber man kann eine Gemeinschaft nicht auf Chancen oder Rechten allein gründen. An ihre Seite müssen Verantwortung und Pflicht treten. Das ist der Tausch oder Vertrag der modernen Zivilgesellschaft. Offen gesagt, ich finde, man kann nicht dafür plädieren, staatliche bzw. Steuergelder für öffentliche Dienstleistungen oder zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung – mit anderen Worten, für das Handeln als Gemeinschaft – auszugeben, wenn man nicht diesen Vertrag über die Chancen und Pflichten geschlossen hat.

Wenn wir investieren, um dem Arbeitslosen die Chance auf einen Arbeitsplatz zu geben, dann hat er die Pflicht, ihn anzunehmen, sonst wird ihm die Sozialleistung gestrichen. Und was die Kriminalität anbelangt, bin ich, ohne zu zögern, für ein ganz hartes Vorgehen. Nicht nur, weil es gerade die Schwachen sind, die am meisten unter der Kriminalität zu leiden haben. Sondern auch, weil Kriminalität eine Verletzung des Vertrags zwischen den Bürgern ist. In Großbritannien führen wir jetzt die Regelung ein, dass jeder Einbrecher nach seiner dritten Tat automatisch im Gefängnis landet; außerdem Mindest- und lange Haftstrafen für Vergewaltiger; und wir stellen zusätzliche Gefängnisplätze für Gewaltverbrecher bereit. Gewalttätige Nachbarn können zum Ausziehen gezwungen werden. All das ist umstritten. Die Konservative Opposition weigert sich zum Beispiel, uns zu unterstützen, wenn wir fordern, wer einen als Strafe auferlegten Gemeinschaftsdienst nicht ableiste, solle seine Sozialleistungen gestrichen bekommen. Wir helfen den Drogenabhängigen, aber wir testen Straftäter auf Drogen, und wenn der Test positiv ist, verlangen wir, dass sie sich einer Behandlung unterziehen. Gegen Drogenhändler gehen wir hart vor. Und wir glauben an Recht und Ordnung. Wir haben Maßnahmen verabschiedet, wie man gegen Lärm verursachende Nachbarn und gegen asoziales Verhalten vorgehen kann. Wir haben die Gerichte aufgefordert, mehr Gebrauch von diesen Maßnahmen zu machen.

Sie wissen sicher, dass wir, was traurig und beschämend für uns ist, neben anderen Ländern ein Problem mit den Fußball-Hooligans haben. Bei uns zu Hause haben wir strenge Vorschriften, die auch greifen. Wir müssen aber noch mehr tun, um das Problem in den Griff zu bekommen, wenn die englischen Fans ins Ausland reisen. Das werden wir auch tun. Aber es geht nicht nur um den Fußball. Wir prüfen nun, wie wir der Polizei mehr Befugnisse geben können, um mit asozialem Verhalten in betrunkenem

Zustand umzugehen, das an zu vielen Freitag- und Samstagabenden in zu vielen Städten Ärger und Leid verursacht.

Bizzarrerweise sieht die Rechtslage in Großbritannien im Moment so aus, dass die Polizei auf der Stelle Geldbußen für das Radfahren auf dem Gehweg oder für Verunreinigungen durch Hundekot eintreiben darf. Aber sie hat ja auch mit Betrunkenen zu tun, die ausfallend und rüpelhaft werden, und dann kann sie oft gar nichts tun, ohne den langen, teuren Weg über die Polizeiwachen, Gerichte usw. zu gehen. Es ist völlig legal, dass ein privates Unternehmen eine Kralle an einem Autorad anbringt und für die Entfernung £100 verlangt. Aber unsere öffentliche Polizei hat kein vergleichbares Recht. Ich denke, das sollte sich ändern.

Am Montag treffe ich hohe Polizeibeamte, und denen möchte ich mitteilen, dass ihre Beamten die Befugnis bekommen sollen, auf der Stelle Geldbußen für betrunkenes, lärmendes, rüpelhaftes und asoziales Verhalten zu verlangen. Wenn es um echte Gewalt und schwerwiegende vorsätzliche Verbrechen geht, muss die Zuständigkeit natürlich bei den Gerichten bleiben. Aber ich spreche eben von Belästigungen durch Betrunkene. Ein Rowdy wird es sich vielleicht zweimal überlegen, bevor er Ihre Gartentür eintritt, Verkehrskegel auf Ihrer Straße herumwirft oder unflätige Wörter in den Nachthimmel grölt, wenn er weiß, dass er von der Polizei aufgegriffen, zu einem Geldautomaten gebracht und aufgefordert werden könnte, auf der Stelle zum Beispiel £100 zu bezahlen. Wenn die Polizei diese Vollmacht wünscht – und ich glaube, das tut sie, und die Öffentlichkeit unterstützt dies auch – dann sollte sie diese Vollmacht bekommen.

Die freiheitlichen Linken zeigt sich zum Teil schockiert über bestimmte Maßnahmen, während ein Teil der Rechten nicht der Meinung ist, dass die Gemeinschaft dafür verantwortlich sein sollte, den Menschen Arbeitsplätze zu beschaffen. Beide sehen dies falsch. Was wir heute brauchen, ist eine moderne Zivilgesellschaft mit Regeln und Ordnung, aber ohne Vorurteile oder Diskriminierung. Wir sind tolerant gegenüber der Sexualität der Menschen, verurteilen jede Form von Diskriminierung, aber wir sind intolerant gegen asoziales Verhalten. Wir behalten unsere traditionellen Werte, Achtung für andere und Solidarität, wir erkennen die Notwendigkeit staatlichen Handelns, aber wir formen beide Werte und die Rolle des Staates um, damit wir die Herausforderungen einer sich wandelnden Welt meistern können.

Gemeinschaft als internationale Idee

Verlassen wir nun einmal unsere Nationalstaaten und schauen wir uns die Welt an, in der die Nationalstaaten sich heute befinden. Keine der großen Fragen, die uns alle beschäftigen – Handel, Finanzen, Umwelt, Proliferation von Atomwaffen, organisierte Kriminalität und Drogen – lässt sich heute von einer Nation im Alleingang beantworten. Die Geschichte der letzten 100 Jahre und mehr zeigt uns, wie wichtig es heute ist, die Institutionen der internationalen Zusammenarbeit zu erneuern und Bündnisse zwischen den Hauptakteuren aufzubauen.

Jahrhundertlang haben Staatsmänner und Philosophen unter dem Eindruck des Schreckens und der Sinnlosigkeit des Krieges immer wieder den Versuch unternommen, das Ideal einer Völkergemeinschaft mit der Realität einer Welt, die auf Staaten und deren Interessen gründet, zu vereinbaren. 1309 schlug der Dichter Dante in seinem Buch über die Monarchie vor, alle Nationen sollten unter einem Gesetz leben, und dieses Weltgesetz würde eines Tages die Nationen davon abhalten, Krieg gegeneinander zu führen. Zweihundert Jahre später appellierte der niederländische Gelehrte Erasmus in seiner "Klage des Friedens" an alle weltlichen Könige und Herrscher, einen Rat der Gerechten einzuberufen, der Streitigkeiten beilegen sollte, damit nicht, wie er es ausdrückte, Kriege Kriege gebären würden.

Ende des 16. Jahrhunderts schrieb der Herzog von Sully seinen "Großen Plan", in dem er vorschlug, die 15 Staaten Europas sollten einen Europarat gründen, der sich mit den Problemen zwischen ihnen befassen sollte, wie es ein nationales Parlament tun würde. 1625 legte Hugo Grotius mit seinem "Recht des Krieges und des Friedens" das erste umfassende Kompendium des Völkerrechts vor. William Penn entwarf ein Konzept für ein europäisches Parlament, und der Abbé de Saint-Pierre wollte 1716 mit seinem "Traktat für den ewigen Frieden" die Herrscher der Nationen in einem Senat zusammenführen, wo Abstimmungen an die Stelle von Krieg treten sollten. Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant und viele andere träumten von einer Weltordnung, die, an ihre Zeit angepasst, den Krieg abschaffen und die Nationen zu einem friedlichen Miteinander bringen würde. Aber erst nach dem Ersten Weltkrieg wurde wirklich eine Rechtsverfassung für die ganze Welt aufgestellt und bei der Friedenskonferenz 1919 in Paris verabschiedet: die Satzung des Völkerbundes.

Dem Völkerbund traten schließlich 61 Nationen bei, nicht jedoch die Vereinigten Staaten. Obwohl er niemals ein Weltparlament gewesen ist, sehen ihn viele Menschen heute als wahren Vater der jetzigen Vereinten Nationen. Trotz anfänglicher Erfolge konnte der Völkerbund sein Ziel nicht erreichen, einen weiteren Krieg zu verhindern. Der Völkerbund wurde zum Spiegel einer dissonanten Welt. Sein Rat debattierte über die japanische Invasion in China, die italienische Invasion in Äthiopien und die deutsche Invasion in der Tschechoslowakei und in Österreich; und er war machtlos, irgendeine davon zu verhindern.

Das ausgeklügelte System kollektiver Sicherheit des Völkerbunds funktionierte nie; letzten Endes fehlte die gemeinsame Vertrauens- und Wertebasis, die eine solche kollektive Sicherheit hätten tragen können. Tragischerweise teilten zu viele Staaten die Auffassung Mussolinis, dass die Welt nur die Wahl hatte zwischen Faschismus und Kommunismus. Glücklicherweise hatte er Unrecht, wenn auch viele Millionen Menschen im Kampf gegen beide starben. Die Charta der Vereinten Nationen dient nun schon seit über einem halben Jahrhundert als politische Verfassung der Menschheit. Aber man braucht nur einen Blick in die Präambel zu werfen, um festzustellen, welche Kluft zwischen Versprochenem und Erreichtem, zwischen den Hoffnungen und Zusagen von 1945 und von 1919 und den Frustrationen von Bosnien, dem Kongo, Angola, Afghanistan besteht.

Wir haben unsere Entschlossenheit, künftige Geschlechter von der Geißel des Krieges zu bewahren, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, noch nicht zur Realität gemacht. Und unsere Bemühungen, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit erneut zu bekräftigen und den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern, waren bisher auch nur von begrenztem Erfolg gekrönt. Ob wir jene Kluft zwischen den Ansprüchen und der heutigen Realität überbrücken können, wird in vieler Hinsicht von unserer kollektiven Antwort auf die Globalisierung abhängen. Meines Erachtens werden wir nur Erfolg haben, wenn wir allmählich eine Doktrin der Völkergemeinschaft entwickeln, die auf dem Prinzip des aufgeklärten Eigeninteresses beruht. Was wir im eigenen Land wollen, wollen wir auch für die Beziehungen zwischen den Ländern. Nämlich eine Gemeinschaft, die auf der Gleichwertigkeit aller Menschen beruht, auf gegenseitigen Rechten und Pflichten.

Ich will damit nicht sagen, dass die Nationen nicht ihr Eigeninteresse verfolgen werden oder dass es nicht gelegentlich zu Interessenkonflikten kommen wird, die den Wunsch nach Verständigung verringern oder überlagern. Wir sind nicht naiv. Aber ich will damit sagen, dass unsere Probleme mehr und mehr gemeinsame Probleme sind, und dass unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften in Gefahr sind, wenn sie sich nicht auf eine Lösung der Probleme verständigen, oder auch sehr davon profitieren, wenn sie sich verständigen. Kommen wir zum Konkreten:

Erstens: Freihandel ist der Schlüssel zum Wohlstand für die ärmeren Nationen und eine wesentliche Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der reicheren Nationen. Protektionismus hingegen entspringt einer kurzsichtigen Auffassung von nationalem Interesse. Heute haben wir eine Welthandelsorganisation, wo wir bis vor kurzem überhaupt keine formale Organisation hatten, die den Welthandel überwachte. Bemerkenswerter ist noch, dass China demnächst beitreten wird. Die reichen Länder müssen noch weiter gehen, insbesondere durch Öffnung ihrer Märkte für Agrarerzeugnisse; nicht nur, weil es unsere moralische Pflicht gegenüber den Armen ist, sondern auch, weil es in unserem eigenen langfristigen Interesse liegt. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir die ins Stocken gekommene WTO-Handelsrunde vor dem Ende des Jahres wieder in Gang setzen müssen.

Zweitens: Dass Schuldenerlass auf der G8-Tagesordnung in Okinawa in drei Wochen steht, beweist, wie weit das Konzept der Solidarität gestützt auf aufgeklärtem Eigeninteresse gekommen ist. Wir in Großbritannien erlassen unseren Teil der Schulden. Aber wir müssen noch mehr tun, und ich hoffe, dass die G8 hier weiterkommt. Wir werden uns auch überlegen müssen, was wir in Partnerschaft mit anderen tun können, um die Seuchen einzudämmen, die die ärmeren Länder in ihrer Entwicklung behindern: AIDS, Malaria, TB.

Drittens: Kriminalität und Drogen sind internationale Probleme. Da die Wirtschaft global geworden ist, ist es auch die Kriminalität, vor allem der Drogenhandel. Wenn

man hört, dass Drogenbarone anbieten, die Staatsschulden eines Landes zu bezahlen, wenn sie als Gegenleistung dort freie Hand bekommen, begreift man, welches Ausmaß diese Bedrohung angenommen hat. Wie heute in der EU wird der Kampf gegen die Kriminalität auch beim G8-Gipfel ein wichtiges Thema sein. Wir werden Maßnahmen treffen, die die Drogen- und Verbrecherkartelle an ihrer verwundbarsten Stelle treffen: die Gewinne aus ihren kriminellen Aktivitäten ausfindig machen und konfiszieren. Außerdem werden wir gemeinsame Normen für internationale Finanzzentren aufstellen, damit wir Geldwäsche und Finanzkriminalität wirksam bekämpfen können, auf die ja auch die intelligentesten und gefährlichsten internationalen Verbrecherorganisationen angewiesen sind. Ferner werden wir prüfen, wie wir den Handel mit Vorläufersubstanzen unterbinden können, die zur Herstellung vieler synthetischer Drogen verwendet werden, die unsere Städte und Straßen überschwemmen.

Viertens: Als einzelne Nation sind wir ohnmächtig gegen die Zerstörung unserer Umwelt, von der wir und die künftigen Generationen kollektiv abhängen. In Kyoto haben wir jedoch bewiesen, dass es einen internationalen Konsens darüber gibt, wie wichtig es ist, gegen die Erderwärmung vorzugehen. Noch vor einer Generation wäre das undenkbar gewesen. Wir müssen uns diese grundsätzliche Einigung nun zu Nutze machen, um zu erreichen, dass unsere Zusagen auch in der Praxis eingehalten werden. Hier arbeiten wir eng mit Deutschland zusammen. In Okinawa werden wir auch für einen neuen Vorstoß zur erneuerbaren Energie plädieren. Zwei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zur elementarsten Ressource der modernen Welt, der Elektrizität. Wir müssen einen nachhaltigen Weg finden, ihnen diesen Zugang zu ermöglichen, wenn wir die globale Schere zwischen Arm und Reich überwinden wollen.

Fünftens: Auch nach dem Ende des Kalten Krieges existiert noch immer die Gefahr der atomaren Verbreitung. Der Nichtverbreitungs-Vertrag und der Umfassende Teststoppvertrag stehen jedoch für den kollektiven Willen, die Möglichkeit eines Atomkriegs aus der Welt zu verbannen.

Schließlich steht auf der G8-Agenda noch die Technologie. Es wird uns nicht gelingen, die globalen Implikationen der informations- und biotechnologischen Revolutionen zu beherrschen, wenn wir hierfür keine gemeinsame Basis von Werten und Verantwortung füreinander haben. In Okinawa werden wir Maßnahmen ergreifen, um das Entstehen eines weltweiten digitalen Gefälles zu verhindern, und die Chancen auf Bildung verbessern. Wir werden versuchen, einen größeren internationalen wissenschaftlichen Konsens über genetisch manipulierte Lebensmittel und zu allgemeineren Fragen der Ernährungs- und Pflanzensicherheit zu entwickeln. Gemeinsame Probleme, gemeinsame Interessen haben zu gemeinsamer Verantwortung und zu gemeinsamen Gewinnen geführt.

Die EU ist sichtbarster Ausdruck der Notwendigkeit zur Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Dies ist keine Rede über Europa – obwohl ich gerne Fragen dazu beantworte. Es sollte auch – egal, was Sie lesen – nie eine Antwort auf die interessante und bedeutende Rede sein, die Präsident Chirac Anfang in dieser Woche vor dem deut-

schen Bundestag gehalten hat. Ich werde die Ansicht Großbritanniens zur Zukunft Europas im Herbst in einer Rede darlegen. Für mich steht außer Zweifel, dass es für Großbritannien wichtig ist, als Partner in Europa eine ganze und führende Rolle zu spielen. Und wie ich gestern Abend sagte, ist es an der Zeit, dass wir in Großbritannien das Selbstvertrauen haben zu begreifen, dass wir den Gang der Dinge in Europa mit gestalten können, und das tun wir jetzt auch wirklich. Europa ist keine Verschwörung gegen uns, sondern eine Chance für uns.

Verständigung zwischen den Religionen

Es gibt noch etwas, was wir tun können, und ich erwähne das, weil ich hier in Tübingen spreche und Hans Küng neben mir habe. Wir können unser Bestes tun, um die religiösen Spaltungen zu überwinden, die noch immer unseren Frieden bedrohen. Es wäre widersprüchlich, die Doktrin von der Gemeinschaft politisch erneuern zu wollen und die Dimension der Verständigung zwischen den Religionen dabei außer Acht zu lassen. Glaube und Vernunft sind keine Gegner, sondern Partner. In der Vergangenheit und mehr noch heute schätzen wir die Rolle, die die Religionen bei der Förderung des Friedens spielen. Frieden und Religion sind nicht immer Hand in Hand gegangen, aber angesichts der größeren Verständigung zwischen den Religionen sind wir einer gerechten und friedlichen Weltordnung heute näher.

Wir leben in einer Zeit, die reich ist an Beispielen für den interkonfessionellen Dialog. Hier fällt einem sofort die jüngste Pilgerreise des Papstes nach Jerusalem ein, wo Juden, Muslims und Christen sich in brüderlichem Geist begegneten. Genauso bedeutsam und der kulturellen Erfahrung Tübingens näher war die Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre – eines Meilensteins auf dem Weg zur Versöhnung des lutherischen und des katholischen Glaubens. Solche Beispiele geben uns große Hoffnung und senden ein klares Signal an die Welt, dass die Religionen nicht zulassen werden, dass Unterschiede in den Lehrmeinungen einer verstärkten Zusammenarbeit im Wege stehen. Dialog und Verständigung zwischen den Religionen ist für den Frieden unabdingbar. Ignoranz schürt Ängste, Ängste schüren Konflikte. Der Dialog sollte die Differenzen nicht leugnen oder banalisieren, aber er sollte sich auch mit den gemeinsamen Aspekten des Glaubens befassen.

Unsere Weltgemeinschaft gleicht einer Tapisserie: einzelne Fäden auf der Rückseite, ein zusammenhängendes Bild auf der Vorderseite. Die Gesamtheit der Religionen macht unsere Weltgemeinschaft aus, aber es gibt unterschiedliche Wege, wie man die gleichen Grundfragen, das Wesen des Seins, betrachten kann. Wenn es so ist, dass wir in einer Welt des Wandels nur durch ein klares Bekenntnis zu gemeinsamen Werten überleben können, dann kann religiöser Glaube sicherlich auch eine Rolle spielen, indem er dieses Bekenntnis vertieft. Was ist religiöser Glaube denn anderes als der Glaube an etwas Größeres als das Ich? Was ist die Idee der Gemeinschaft anderes als die nationale Einsicht in unsere Abhängigkeit voneinander? In Wahrheit ist der Glaube der Verbündete der Vernunft.

Religion hat oft zu Bigotterie geführt. Aber politische Ideologie auch. Meines Erachtens wird jedoch eine Gesellschaft, in der der religiöse Glaube wohnt, immer eher geneigt sein, sich für das Wohl der Menschheit einzusetzen; und je weniger sie die Vernunft als ihren Feind betrachtet, desto schneller gelangt sie zum Ziel. Wie die Religion sich modernisiert, ist jedoch eine Frage für einen anderen Zeitpunkt und einen anderen Redner. Religionen können dazu beitragen, unsere Gemeinschaften zu Wertegemeinschaften zu machen. Die Unvermeidbarkeit der Globalisierung fordert eine parallel verlaufende Globalisierung unserer höchsten ethischen Werte. Keine Destillierung oder unnötige Vereinheitlichung des reichen Schatzes an Werten, die unsere Glaubensgemeinschaften ausmachen. Aber die Grundlagen unserer Konfessionen, Solidarität, Gerechtigkeit, Frieden und die Würde des Menschen, sind genau das, was wir im Zeitalter der Globalisierung brauchen.

Schlußfolgerung

Traditionell waren dies religiöse Werte. Aber wir erfahren jetzt von sehr verschiedenen Disziplinen, dass es universelle Werte sind. Ökonomen nennen sie "soziales Kapital". Evolutionsbiologen nennen sie "reziproken Altruismus". Politikwissenschaftler sagen dazu Kommunitarismus oder bürgerliche Gesellschaft. Alle diese Formulierungen stehen für eine Idee, die eigentlich ganz einfach ist: was uns die Kraft zum Überleben in einer sich schnell verändernden Umwelt gibt, sind die Gewohnheiten der Zusammenarbeit, die Netze der Unterstützung, unser Vertrauensradius. Und diese Gewohnheiten erlernen wir in der Familie, in der Schule, in der Kirchengemeinde, in der politischen Gemeinde. Dort lernen wir die Grammatik des Miteinanders, das Geben und Nehmen von Rechten und Pflichten; dort geben wir unsere kollektive Geschichte, unsere Ideale von einer Generation an die folgende weiter. Ohne sie wäre unsere Gesellschaft zu abstrakt, um wirklich zu sein. Gemeinschaft ist, wo man Ihren Namen kennt; und wo man Sie vermisst, wenn Sie nicht da sind. Gemeinschaft ist Gesellschaft mit einem menschlichen Gesicht.

Und das ist es, was wir in Zeiten des Wandels brauchen. Es ist eine außergewöhnliche und bewegende Tatsache, dass unsere großen Religionen überlebt haben, während politische, wirtschaftliche und soziale Systeme gekommen und gegangen sind. Wo immer man Gruppen findet, die sich aus den einengenden Banden von Armut und Entbehrung lösen konnten, findet man stets auch starke Familien, Vereinigungen und Glaubensgemeinschaften. In ihnen erkennen wir, dass geteiltes Leid halbes Leid und geteilte Freude doppelte Freude ist.

Was ich Ihnen heute sagen möchte, ist also, dass traditionelle Werte und Wandel keine Feinde, sondern Freunde sind – weil wir nämlich gerade im Epizentrum des Wandels die menschlichen Grundlagen der Stabilität benötigen. Tiefe Wurzeln braucht man, wenn der Wind am stärksten bläst. Wenn wir wissen, dass wir nicht allein sind, können wir angstfrei in die Zukunft schauen.

Es ist die Gemeinschaft, die uns das ermöglicht. Es sind die Werte, die die Gemeinschaften erhalten. Und in einer neuen Welt sind es die globalen Werte, die über nationale Grenzen und ideologische Horizonte hinausreichen, die uns zu unserem Schicksal geleiten: zu einer friedlicheren, sichereren und wohlhabenderen Welt für alle.